Chronik des Monats April 2008

1.4. – NATO. Bei einem Zwischenstopp in Kiew befürwortet US-Präsident Bush nachdrücklich die Aufnahme der Ukraine, Russland stehe kein Veto beim NATO-Beitritt ehemaliger Sowjetrepubliken zu. – Vom 2.-4.4. treffen sich die Staats- und Regierungschefs der 26 Mitgliedstaaten in Bukarest. An Beratungen über die weitere Afghanistan-Strategie nehmen UN-Generalsekretär Ban, die Spitzen der Europäischen Union und der Weltbank sowie der afghanische Regierungschef Karzai teil. Anschließend heißt es, der Konflikt in Afghanistan könne nicht nur mit militärischen Mitteln gewonnen werden. Die im Vorfeld als „Erweiterungsgipfel“ bezeichnete Konferenz lädt Albanien und Kroatien zum Beitritt ein. Der Namensstreit mit Mazedonien und die Entscheidung über das weitere Verfahren zur Aufnahme der Ukraine und Georgiens werden vertagt. Präsident Putin, der an der Sitzung des NATO-Russland-Rates am 4.4. teilnimmt, wirft der Allianz eine expansionistische Politik vor, die Erweiterungspläne trügen nicht zu einer Stärkung des Vertrauens bei.

2.4. – Simbabwe. Die amtlichen Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentenwahlen liegen weiterhin nicht vor (vgl. „Blätter“, 5/2008, S. 127). In der Hauptstadt wird lediglich mitgeteilt, die Partei von Präsident Robert Mugabe, Zanu-PF, habe ihre Mehrheit in der Abgeordnetenkammer verloren, stärkste Kraft sei die Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) des Oppositionsführers Morgan Tsvangirai. Zanu-PF, bisher Regierungspartei mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit, verlangt am 6.4. eine Neuzählung der Stimmen der Präsidentenwahl. Es heißt, Mugabe strebe eine Stichwahl gegen Tsvangirai an. – Am 18.4. richtet Mugabe in einer Rede zum Unabhängigkeitstag heftige Angriffe gegen Großbritannien und weist Anschuldigungen zurück, seine Regierung verletze die Menschenrechte. Demokratie in seinem Land sei nicht von den Briten, sondern von den Simbabwern nach dem Abzug der Kolonialisten eingeführt worden. – Am 26.4. bestätigt die Wahlkommission den Sieg der Opposition bei der Parlamentswahl. Das MDC-Bündnis verfü-

ge über 109 der 210 Mandate, Zanu-PF über 97 Mandate.

5.4. – Hessen. Der neue Landtag (zur Wahl vgl. „Blätter“, 3/2008, S. 127) konstituiert sich in Wiesbaden. Da keine Fraktion einen Kandidaten vorschlägt, bleibt Ministerpräsident Roland Koch (CDU) trotz des Verlustes der Mehrheit geschäftsführend im Amt.

5.-6.4. – Russland/USA. In der Nähe von Sotschi am Schwarzen Meer treffen der scheidende russische Präsident Putin und dessen Nachfolger Medwedew mit Präsident Bush zusammen (vgl. „Blätter“, 5/2008, S. 125). Putin kündigt an, Medwedew werde Russland auch bei den G8-Gipfeln repräsentieren, da dieser laut Verfassung für die Außenpolitik verantwortlich sei.

7.4. – Naher Osten. Nach längerer Unterbrechung nehmen der israelische Regierungschef Olmert und Palästinenserpräsident Abbas wieder direkte Verhandlungen auf (vgl. „Blätter“, 5/2008, S. 125). Bei einer Unterredung in Jerusalem geht es um eine Bestandsaufnahme des Friedensprozesses. Ein Sprecher der palästinensischen Delegation stellt fest, Israel habe seine Zusage zur Einschränkung des Siedlungsbaus und zur Freilassung palästinensischer Gefangener bisher nicht eingehalten. Israel kritisiert dagegen die unzureichenden Sicherheitsmaßnahmen der Palästinenser gegenüber Terroristen. – Am 13.4. empfängt Israels Staatspräsident Peres den früheren amerikanischen Präsidenten Carter, der während seines Aufenthalts in der Region eine Begegnung mit Hamas-Vertretern plant. Ein solches Treffen, so meint Peres, wäre „ein schwerer Fehler“ und würde den Extremisten Legitimität geben. Carter verteidigt seinen Standpunkt am 16.4. auf einem Friedensforum in Jerusalem. Der internationale Boykott der in Gaza herrschenden Hamas sei kontraproduktiv und schade den Bemühungen um eine Lösung des Nahost-Konflikts. – Am 16.4. kommen bei Kämpfen im Gazastreifen drei israelische Soldaten und vier Hamas-Aktivisten ums Leben. Weitere Israelis und Palästinenser werden verletzt. – Am 21.4. berichtet Carter vor der Presse in Jerusalem über ein Gespräch in Damaskus mit Khaled Mashal, dem im sy-

rischen Exil lebenden Chef des Hamas-Politbüros. Die Unterredung gebe zwar Anlass zu etwas Optimismus, habe aber keine konkreten Zusagen gebracht. Mashal erklärt dazu, seine Organisation sei bereit, die Gründung des palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 zu akzeptieren und respektiere den nationalen Willen der Palästinenser, „selbst wenn er unseren Überzeugungen zuwiderläuft“. Eine förmliche Anerkennung des Staates Israel sowie eine einseitige Feuerpause sei ausgeschlossen und trage nicht dazu bei, die israelische Aggression zu stoppen. – Am 24.4. bezeichnet Abbas nach einem Empfang bei Präsident Bush in Washington die israelische Siedlungspolitik erneut als größtes Hindernis bei den Friedensverhandlungen. Bush wird mit den Worten zitiert, der künftige Palästinenserstaat müsse existenzfähig sein und dürfe nicht aussehen wie ein Schweizer Käse. – Am 30.4. stimmen die wichtigsten palästinensischen Kämpfergruppen nach Beratungen in Kairo zu, Israel durch Vermittlung Ägyptens ein Stillhalteabkommen vorzuschlagen. Der Hamas-Politiker Mahmud Zahhar hatte Israel schon zuvor zum Gewaltverzicht aufgefordert. Die Waffenruhe solle im Gazastreifen beginnen und sich dann auf das Westjordanland ausdehnen. Die Übergänge zum Gazastreifen müssten geöffnet und die Blockade müsse aufgehoben werden.

8.4. – USA. Der Kommandant der multinationalen Streitkräfte im Irak, US-General Petraeus, gibt vor dem Militärausschuss des Senats in Washington einen Bericht. Die Sicherheitslage habe sich zwar im letzten Jahr verbessert, aber der Fortschritt sei fragil und umkehrbar, wie die letzten Gewaltausbrüche zeigten. Petraeus warnt vor einem überstürzten Truppenabzug, auf die amerikanische Militärpräsenz im Irak könne weiterhin nicht verzichtet werden.

– **Iran.** Zum Nationalen Tag der Atomtechnik berichten die Medien über die Montage von 6000 weiteren Zentrifugen. Mit den neuen Modellen könne dreimal schneller Uran angereichert werden als bisher.

12.4. – Afrika. Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (Southern African Development Community/SADC) beraten auf einem Krisengipfel in Sambias Hauptstadt Lusaka in Abwesenheit von Prä-

sident Mugabe über die Lage in Simbabwe. Die Konferenz übt zwar Kritik an den Verzögerungen bei der Veröffentlichung der Wahlergebnisse vom März d.J., mehrere Konferenzteilnehmer betonen jedoch, von einer Krise in Simbabwe könne nicht gesprochen werden. Im gleichen Sinne äußert sich auch der südafrikanische Präsident Mbeki nach einem Treffen mit Mugabe in Harare.

13.-14.4. – Italien. Aus den vorgezogenen Parlamentswahlen (vgl. „Blätter“, 4/2008, S. 125) geht das von Silvio Berlusconi geführte Parteienbündnis mit Mehrheiten in beiden Kammern hervor. Der Stimmenanteil für das Bündnis liegt bei 46,8 (Camera dei Deputati) und 47,3 Prozent (Senato della Repubblica). Die bisherige Mitte-Links-Koalition, geführt von Walter Veltroni, erhält 37,5 und 38,0 Prozent.

14.4. – Sachsen. Ministerpräsident Georg Milbradt kündigt seinen Rücktritt an und legt auch das Amt des CDU-Landesvorsitzenden nieder. Hintergrund sind umstrittene Vorgänge um die Landesbank Sachsen. Nachfolger in beiden Ämtern soll Finanzminister Stanislaw Tillich (CDU) werden.

– **China.** Der designierte Vizepräsident der Insel Taiwan („Republik China“), Vincent Siew, teilt nach seiner Rückkehr aus der Volksrepublik mit, beide Seiten hätten vereinbart, nach einer Pause von fast einem Jahrzehnt den politischen Dialog wieder aufzunehmen. Peking betrachtet Taiwan als „abtrünnige Provinz“. – Am 24.4. erklärt sich die chinesische Regierung zu Kontakten mit Vertretern des Dalai Lama bereit. Diese Zusage macht Ministerpräsident Wen gegenüber EU-Kommissionspräsident Barroso in Peking. Die chinesische Seite habe dabei von sich aus die internationalen Spannungen wegen ihrer Tibet-Politik „in einer völlig neuen Tonalität und Offenheit“ angesprochen.

14.-15.4. – Russland. Ein Kongress der Partei „Einiges Russland“ (Edinaja Rossija) wählt den scheidenden Präsidenten und künftigen Regierungschef Wladimir Putin zum Parteivorsitzenden. Die Delegierten hatten zuvor das Statut entsprechend geändert.

15.4. – Europarat. Vor der Parlamentarischen Versammlung des Rates in Straßburg fordert Bundeskanzlerin Merkel die russische Regierung auf, den Vertrag zur Reform des Europäischen Gerichtshofes für Men-

schenrechte zu ratifizieren. Wer die Reform blockiere, der stelle letztlich die gelebte europäische Wertebasis zur Disposition, die jedem Bürger in Europa das Recht gebe, den eigenen Staat zu verklagen, wenn er sich in seinen Grundrechten verletzt fühle.

15.-20.4. – USA/Vatikan. Papst Benedikt XVI. besucht die Vereinigten Staaten. Präsident Bush, der den Gast auf einem Militärflughafen begrüßt, gibt am 16.4. einen Empfang auf dem Rasen des Weißen Hauses. Der Papst feiert mehrere Messen und begegnet Politikern, katholischen Kirchenführern und Vertretern anderer Religionen. Die Zahl der Katholiken in den USA wird auf ein Viertel der Gesamtbevölkerung (65 Millionen) beziffert.

16.4. – Ukraine. Regierungschefin Timoschenko kündigt vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg ein Referendum über die angestrebte NATO-Mitgliedschaft an. Gegen den Willen des Volkes solle es keinen Beitritt geben.

17.4. – Hamburg. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei den Bürgerschaftswahlen (vgl. „Blätter“, 4/2008, S. 127) vereinbart die CDU von Bürgermeister von Beust mit der Grün-Alternativen Liste (GAL) die erste „schwarz-grüne“ Koalition auf Landesebene. Beide Seiten betonen, dies sei kein Modell für die Bundespolitik.

– **Irak.** Die Serie von verheerenden Selbstmordattentaten geht unvermindert weiter. Nach Anschlügen in Ramadi, Mossul und Bagdad fallen in einem Dorf nördlich von Bakuba Teilnehmer einer sunnitischen Trauergemeinde den Bomben zum Opfer. Die Angaben schwanken zwischen 30 und 60 Toten. Die Tat wird Extremisten aus dem Umfeld der Kaida zugeschrieben.

– **Libyen/Russland.** Während eines Besuches von Präsident Putin in Tripolis gründen der russische Konzern Gazprom und die nationale libysche Ölgesellschaft ein Gemeinschaftsunternehmen. Russland erlässt Libyen zudem Schulden in Höhe von mehr als vier Mrd. US-Dollar. Der russische Finanzminister Kudrin spricht von Schulden „rein militärischer Art“ aus der Sowjetära.

17.-18.4. – Italien/Russland. Der russische Präsident Putin folgt, aus Libyen kommend, einer Einladung des designierten Regierungschef Berlusconi. Die Begegnung an der Costa Smeralda auf Sardinien wird als privat

bezeichnet. Berlusconi hatte angekündigt, er wolle sich in Europa für mehr Offenheit gegenüber seinem Freund Putin und dessen Russland einsetzen.

18.4. – UNO. Papst Benedikt XVI. richtet eine Ansprache an die in New York tagende Generalversammlung der Vereinten Nationen. Der Papst nennt die Stärkung der Menschenrechte das wichtigste Mittel, um Sicherheit und Frieden zu erreichen und plädiert für vorbeugende Konfliktlösungen und Einigkeit in den globalen Bemühungen um Armutsbekämpfung und Umweltschutz. Auf konkrete Konfliktherde geht Benedikt nicht ein.

24.4. – Bundestag. Bundeskanzlerin Merkel gibt eine Regierungserklärung zum EU-Reformvertrag von Lissabon ab, der sich eine Debatte anschließt. Das Gesetz zum Vertrag wird mit 515 gegen 58 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Die Links-Fraktion stimmt geschlossen mit Nein.

27.4. – Afghanistan. Präsident Karzai entgeht unverletzt einem Anschlag. Die Attentäter, die den Taliban zugerechnet werden, hatten während einer Militärparade im Zentrum Kabuls mit Sturmgewehren und Panzerfäusten das Feuer eröffnet. Drei Personen kommen ums Leben.

29.4. – EU. Die Europäische Union unterzeichnet in Luxemburg ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Serbien (vgl. „Blätter“, 1/2008, S. 126). Die Ratifizierung ist jedoch an Bedingungen geknüpft. Die Unterzeichnung des Abkommens ist als Geste gedacht, um die proeuropäischen Kräfte bei den Parlamentswahlen in Serbien am 11. Mai d. J. zu stärken.

30.4. – IGH. Das Bundeskabinett verabschiedet eine Erklärung zur Anerkennung der obligatorischen Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes (IGH). In einer Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes heißt es, Deutschland könne nun in allen Streitfällen, für die der Gerichtshof zuständig ist, einen anderen Staat verklagen oder selbst angeklagt werden: „Ausgenommen bleiben u. a. durch den sog. Streitkräftevorbehalt Militäreinsätze im Ausland und die Nutzung des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik für militärische Zwecke.“ Die Erklärung gilt nur im Verhältnis zu den 65 UN-Mitgliedstaaten, die gleiche Verpflichtungen eingegangen sind.